

ANTRAG
SPD-Fraktion

Betreff: Veranstaltungsreihe von Frauen für Frauen entwickeln und durchführen

Die BVV Pankow möge beschließen:

Dem Bezirksamt Pankow wird ersucht, eine Veranstaltungsreihe von Frauen für Frauen zu entwickeln und durchzuführen. Ziel der Veranstaltungsreihe ist die Thematisierung von Frauen u.a. in Führungspositionen, in der Wirtschaft und der Arbeitswelt. Die Veranstaltungsreihe soll von der VHS in Kooperation mit der Wirtschaftsförderung entwickelt, geplant und durchgeführt werden. Nach Möglichkeit sollen externe Partnerinnen, wie z.B. die Unternehmerinnen plus einbezogen werden.

SPD-Fraktion, Tannaz Falaknaz

Begründung:

Mit der Veranstaltungsreihe *Feminale* hat der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf gezeigt, dass Frauenpolitik viel mehr ist als Familienpolitik. In der Veranstaltungsreihe wurden Themen wie Frauen als Führungskraft, Unternehmerinnen und Gründerinnen thematisiert und aufgegriffen. Eine entsprechend ähnliche Veranstaltungsreihe würde auch in Pankow die Förderung und Vernetzung der Frauen stärken. Durch die entgeltfreien Workshops und Vorträge bekommen die Bewohnerinnen Pankows in regelmäßigen Abständen die Möglichkeit, sich weiterzubilden und zu vernetzen.

**Antrag
SPD-Fraktion**

Leerstand beenden: Räume in der Schwimm- und Sprunghalle am Europasportpark (SSE) endlich nutzbar machen!

Die BVV möge beschließen

Das Bezirksamt wird ersucht, sich bei der zuständigen Senatsverwaltung dafür einzusetzen, die Nutzungsmöglichkeiten über die immer noch im Rohbau befindlichen Räume der Schwimm- und Sprunghalle am Europasportpark (SSE) zu analysieren und ein Nutzungskonzept zu erarbeiten. Insbesondere soll eine mögliche Nutzung der Räume durch anliegende Schulen und Sportvereine sowie für Bedarfe von bezirklichen Infrastrukturen geprüft werden. Das Prüfergebnis sowie eine eventuelle Interessenbekundung an der Nutzung von Räumen sind der BVV und der Senatsverwaltung bis spätestens April 2019 zu übergeben und vorzustellen.

SPD Fraktion, Anna Moreno, Gregor Kijora, Annette Unger

Begründung

Bereits seit 19 Jahren befinden sich in der SSE Räume im Rohbau. Ein Zustand der nicht länger hinzunehmen ist. Nach Aussagen der Berliner Bäderbetriebe war in einer der Räumlichkeiten eine Sauna angedacht, ob diese allerdings aufgrund der fehlenden Fenster zulässig wäre, ist unklar. Eine Analyse über die Nutzungsmöglichkeiten ist ein Schritt in die richtige Richtung, um ein Nutzungskonzept zu erstellen. Der Bezirk sollte diese räumlichen Ressourcen, nicht weiter ungenutzt lassen.

Antrag
SPD-Fraktion

Lichtsignalanlage an der Prenzlauer Promenade/Binzstraße

Die BVV möge beschließen

Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich bei der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz sowie der Verkehrslenkung Berlin dafür einzusetzen, dass an der Prenzlauer Promenade/Ecke Binzstraße (Südseite) möglichst schnell eine dauerhafte Lichtsignalanlage eingerichtet wird.

Fraktion der SPD, Marc Lenkeit, Roland Schröder

Begründung:

Die Prenzlauer Promenade gehört zu den am stärksten befahrenen Straßen Berlins, gerade in den Morgen- und Vormittagsstunden aber auch im Verlauf des Nachmittags. Auf der Ostseite der Prenzlauer Promenade (Höhe Einmündung Binzstraße) befindet sich die Bushaltestelle der Linie 255, mit der viele Menschen, darunter viele Kinder und auch ältere Menschen, in Richtung S- und U-Bahnhof Pankow bzw. Alt-Pankow fahren. Die Querung der vierspurigen von einem breiten Grünstreifen getrennten Straße ist gerade für die vorgenannte, zahlenmäßig starke Gruppe nur unter immer wieder auftretenden Gefahren und Schwierigkeiten zu bewältigen. Dazu kommt in der Vegetationsperiode der starke Querungsverkehr zu den auf dieser Seite befindlichen Kleingartenanlagen – ebenfalls mit einem hohen Anteil von älteren Menschen aber auch von Familien mit Kindern. Die Einrichtung einer Lichtsignalanlage ist daher zwingend erforderlich.

Antrag
SPD-Fraktion

Gesicherte Querung der Mühlenstraße ermöglichen

Die BVV möge beschließen

Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich bei der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz sowie der Verkehrslenkung Berlin dafür einzusetzen, dass in der Mühlenstraße auf der Höhe des Heinz-Knobloch-Platzes eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30 eingeführt wird, kurzfristig die Sichtbeziehungen durch Halteverbote verbessert werden sowie eine dauerhafte und sicherere Quermöglichkeit für den Fußverkehr durch Einrichtung einer Lichtsignalanlage oder eines Fußgängerüberweges geschaffen wird.

Fraktion der SPD, Roland Schröder, Marc Lenkeit

Begründung:

Die Mühlenstraße in Pankow gehört zu einer der am stärksten durch den PKW und LKW frequentierten Straßen in Pankow, deren Überquerung insbesondere Familien, alte Menschen und Kinder stark auf die Probe stellt. Die Überquerung im Bereich des Spielplatzes Heinz-Knobloch-Platz und der Öztaler Straße, in deren Nähe sich eine Kita und eine Flüchtlingsunterkunft mit hohem Familien- und Kinderanteil befinden, ist besonders unübersichtlich und somit gefährlich. Parkende Autos und LKW erschweren die Sicht und entsprechende Fahrzeuge sind hier bei Tempo 50 oder sogar mehr (!) sehr schwer einsehbar. Die BVV Pankow fordert daher in diesem Bereich eine Geschwindigkeitsreduzierung auf das Tempo 30 und die Schaffung einer gesicherten Überquerungsmöglichkeit mit einer Lichtsignalanlage oder einem Fußgängerüberweg.

**Antrag
SPD-Fraktion**

Betreff: Aufhebung des Bezirksamtsbeschlusses zur Drucksache VIII/0487: Schnellere Entfernung von Schrottfahrrädern

Die BVV möge beschließen:

Das BVV Pankow hebt den Bezirksamtsbeschluss zum Schlussbericht zur Drucksache VIII/0487 gemäß § 12 Absatz 3 BezVG auf.

Das Bezirksamt Pankow wird erneut ersucht, ein effizienteres und vor allem schnelleres Verfahren zur Entfernung von Schrottfahrrädern aus dem öffentlichen Straßenland zu etablieren. Ziel des Verfahrens soll sein, der BSR oder einem gemeinnützigen Träger die Berechtigung zur Entfernung von Schrottfahrrädern zu übertragen. Nach Ablauf der 3-Wochen-Frist soll der künftig Beauftragte die Schrottfahrräder abholen und bis auf weiteres einlagern, so dass ein gemeinsamer Vor-Ort-Termin von Ordnungsamt, Polizei und BSR für jedes einzelne Fahrrad nicht mehr erforderlich ist. Dadurch können (offenkundige) Fahrradleichen deutlich schneller als bisher entfernt werden.

Nach Freigabe durch die Polizei soll in Zusammenarbeit mit einem sozialen Träger die Aufbereitung von Fahrrädern bzw. Fahrradteilen soweit möglich erfolgen, um diese an soziale Einrichtungen im Bezirk Pankow weiterzugeben oder zu veräußern.

SPD-Fraktion, Roland Schröder, Marc Lenkeit

Begründung:

Das Bezirksamt hat im Schlussbericht und in den mündlichen Erläuterungen in der Tagung der BVV vom 18.10.2018 deutlich gemacht, dass es keine oder kaum Schritte zur Umsetzung dieser politischen Aufgabe unternommen hat, da es zu viel Arbeit verursache. Das ist unakzeptabel und wird von der BVV aufs schärfste zurückgewiesen.

In der Berichterstattung des Bezirksamtes in der Sitzung des Ausschusses vom 15.11.18 wurde vorgetragen, dass mit dem bisherigen Verfahren gerade einmal 40 Schrottfahrräder aus dem öffentlichen Raum entfernt werden konnten, da die Polizei dann keine Zeit mehr hatte. Diese Zahlen reichen bei weitem nicht aus, um das Problem der Schrottfahrräder in den Griff zu bekommen und eine schnellere Entlastung des öffentlichen Stadtraumes zu ermöglichen. Immerhin wurde erstmals ein sozialer Träger beteiligt, so dass einige Fahrräder wiederaufbereitet werden können. Der vorgelegte Schlussbericht kann somit nur ein erster Zwischenbericht sein, da das Thema erst am Anfang der Bearbeitung steht.

Zum Inhalt:

Seit 2016 engagiert sich das Forschungsprojekt „2Rad–1Kauf–0Emission – Radverkehr als Perspektive für den innerstädtischen Einzelhandel“, um die Attraktivität der Schönhauser Allee für den Einkauf mit dem Fahrrad zu erhöhen. In dem vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) im Rahmen des Nationalen Radverkehrsplans (NRVP) geförderten Vorhaben werden gemeinsam mit ansässigen Einzelhändler*innen Angebote für die radfahrende Kundschaft erarbeitet.

Dabei wurden wiederholt dauerhaft geparkte Fahrradleichen an Fahrradständern und anderweitigen Abstellmöglichkeiten (Straßenschilder, Stadtgeländer etc.) als zentrales Problem für die Kundschaft genannt. Das Vorhandensein von angemessenen Parkmöglichkeiten für Radfahrer*innen ist grundlegende Voraussetzung zur Förderung einer nachhaltigen Mobilität. Ein Großteil der in Projektgebiet vorhandenen Fahrradbügel ist allerdings dauerhaft von Schrotträdern belegt, was das sichere und ordnungsgemäße

Abstellen von Fahrrädern erschwert und zugleich durch die teilweise extreme Unübersichtlichkeit an Knotenpunkten wie dem S- und U-Bahnhof Schönhauser Allee zu Diebstahl einlädt. Beides kann nicht im Sinne einer nachhaltigen Mobilitätsförderung sein.

Das aktuelle Verfahren zur Entfernung der Schrotträder sieht folgenden Ablauf vor: Zunächst werden Schrottfahrräder vom Ordnungsamt mit einem Punkt versehen. Anschließend haben die Besitzer*innen drei Wochen Zeit, das Fahrrad abzuholen. Ist dies nicht der Fall, sollen BSR, Polizei und Ordnungsamt bei einem gemeinsamen Termin ausrücken, um es zu entfernen. Nach Erfahrungen aus der Projektarbeit funktioniert die aktuelle Praxis allerdings nicht effizient. Die Händler*innen der Schönhauser Allee bestätigen bspw., dass nach Meldung von Schrotträdern (unter <https://ordnungsamt.berlin.de>) die Punkte vom Ordnungsamt zwar recht zügig geklebt werden, die Fahrräder allerdings über sehr lange Zeiträume nicht durch BSR, Polizei und Ordnungsamt abgeholt werden. So standen im Dezember 2017 noch Räder mit einem Punkt vom Mai desselben Jahres. Es sollte deshalb ein effizienteres Verfahren zur Beseitigung von Fahrradleichen in Pankow eingeführt werden.

Im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg wurde beispielsweise die agens Arbeitsmarktservice gGmbH mit dem Entfernen der Fahrradleichen betraut. Auch hier markiert zunächst das Ordnungsamt des Bezirksamtes die Fahrräder. Entfernt werden die Fahrräder dann durch die Mitarbeiter*innen der agens gGmbH, die eine Berechtigung von der Polizei und dem Bezirksamt haben, die Fahrräder zu entfernen. Die Fahrräder werden zunächst eingelagert, um mögliche Diebstahlmeldungen abzuwarten. Anschließend werden einige der Schrottfahrräder wieder fahrtauglich gemacht, um sie an soziale Einrichtungen im Bezirk weiterzugeben.

Antrag
SPD-Fraktion

Vermüllung im Umfeld des Planetariums

Das Bezirksamt wird ersucht, zu prüfen, wie dem stark steigenden Abfallaufkommen und der Verunreinigung im Umfeld des Planetariums begegnet werden kann.

SPD-Fraktion, Matthias Böttcher

Begründung

Steigende Besucherzahlen des Planetariums und des Thälmannparks haben leider auch zu mehr Müll geführt. Die vorhandenen Müllbehälter sind offenbar nicht ausreichend. Besucher sprechen die Leitung des Planetariums an, warum das Gelände so verdreckt sei.

Das Zeiss-Großplanetarium ist ein Besuchermagnet und hat als Aushängschild für den Bezirk besondere Bedeutung. Trotz begrenzter Ressourcen für Grünpflege und Müllbeseitigung sollte der Bezirk daher für eine kurzfristige Verbesserung der Situation im Umfeld des Planetariums das Aufstellen zusätzlicher Abfallbehälter prüfen und die häufigere Leerung in Erwägung ziehen. Zur Findung geeigneter zusätzlicher Standorte soll das Gespräch mit der Leitung des Planetariums gesucht werden.

Der Bezirk hatte in der Beantwortung der mündlichen Anfrage VIII-0625 „Vermüllung und Vandalismus im Bereich des Zeiss-Großplanetariums“ auf das Pilotprojekt für die Reinigung durch die BSR verwiesen. Für die Einbeziehung der Flächen um das Planetarium soll sich der Bezirk im Sinne einer nachhaltigen Lösung einsetzen.

Antrag
SPD-Fraktion

Beleuchtung der Brücke Sonnenburger Straße/Dänenstraße wiederherstellen

Die BVV möge beschließen

Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich bei der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz und Vattenfall dafür einzusetzen, dass auf der wichtigen Verbindungsbrücke zwischen dem Gleimviertel und dem Arnimplatz die Beleuchtung schnellstmöglich wiederhergestellt und betrieben wird.

Fraktion der SPD, Roland Schröder, Marc Lenkeit

Begründung:

Die Fußgängerbrücke über die Bahntrasse in Höhe Sonnenburger Straße wird von vielen Menschen jeden Tag genutzt. Sie ist unverzichtbar. Die Brücke ist jedoch seit mehreren Jahren nicht mehr beleuchtet. In früheren Zeiten gab es Laternen, die aber abgebaut wurden. Des nachts und früh morgens ist der Bereich stockdunkel, im Winter ist die Brücke zusätzlich oft vereist. Für viele Kinder ist die Querung dieser Brücke Teil ihres Schulweges, der dann am Morgen und am späten Nachmittag im Winter im Dunkeln liegt. Daraus resultieren gefühlte und reale Gefahrensituationen, die abgestellt werden sollen.

In der Beantwortung zur Kleinen Anfrage 0857/VII vom 24.09.2015 heißt es: „Vattenfall und die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Abt. X OB sind in Kontakt um sich über die weitere Vorgehensweise auch zum Ausbau der ehemaligen Beleuchtung abzustimmen.“ Da nach drei Jahren noch kein sichtbarer Erfolg zu erkennen ist, möchte die BVV durch diesen Beschluss das berechtigte Anliegen der Bürgerinnen und Bürger unterstützen und die Umsetzung beschleunigen.

**Antrag
SPD-Fraktion**

Betreff: „Winterdienst an der Promenade (Hauptweg) im Mühlenkiez JETZT planen, beauftragen und einsetzen!“

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt Pankow von Berlin wird ersucht im Hinblick auf die kommende Winterzeit jetzt einen entsprechenden Winterdienst für den Hauptweg an der Promenade im Mühlenkiez (Grundstück hinter der Hans-Eisler.-Str. 2-5 im Prenzlauer Berg, Flur 31, Flurstück 288) zu planen, rechtzeitig zu beauftragen und einzusetzen.

SPD-Fraktion, Anna Howind Moreno, Roland Schröder

Begründung:

Die Schülerinnen und Schüler nutzen das Grundstück hinter der Hans-Eisler.-Str. 2-5 im Prenzlauer Berg, Flur 31, Flurstück 288 als tägliche direkten Querungsweg zu den Schulgebäuden, dies selbstredend auch in den Wintermonaten. Auf dieser Fläche findet kein Winterdienst statt. Laut Auskunft des Bezirksamtes in der Antwort auf die Kleine Anfrage 0438/VIII wird die beschriebene Fläche gemäß dem derzeitigen Bearbeitungsstand der Grün- und Freiflächenkonzeption auch zukünftig durch die Schülerinnen und Schüler als Querungsweg genutzt werden können. Vor dem Hintergrund, dass der Weg ein zentraler Schulweg aus Richtung Norden ist, soll von § 5 GrünanIG im Rahmen einer Ausnahmeregelung abgewichen werden und mit der Planung der Einrichtung eines Winterdienstes umgehend begonnen werden. Damit wird das Bezirksamt nicht nur dem Bedürfnis der Schülerinnen und Schülern sowie der weiteren Nutzerinnen des Weges gerecht, sondern trägt auch der geplanten Umgestaltung der Promenade als „Leuchtturm- und Schlüsselprojekt“ Rechnung. Eine weitere Planung (siehe Verweis in der Kleinen Anfrage) kann nicht abgewartet werden.

Der Winterdienst muss jetzt eingerichtet werden!

Keine Verdrängung aus der Wohnanlage Topsstraße/Eberswalder Straße

Die BVV möge beschließen

Die BVV Pankow unterstützt die MieterInnen der Wohnanlage Topsstraße/Eberswalder Straße in Ihrer berechtigten Forderung, dass es durch die Bau- und Modernisierungsmaßnahmen der Deutschen Wohnen als Eigentümerin zu keiner Verdrängung kommt.

Die BVV Pankow unterstützt deshalb das Bezirksamt in seinem Einsatz für eine sozialverträgliche Umsetzung der von vorgesehenen Modernisierung der Wohnanlage Topsstraße/Eberswalder Straße.

In konsequenter Auslegung und Weiterentwicklung der Vereinbarung zwischen der Deutschen Wohnen und dem Bezirksamt vom April 2018 hat die BVV Pankow folgende Erwartungen:

- keine Erteilung von bau- und/oder erhaltungsrechtliche Genehmigungen vor Abschluss des Sozialplanverfahrens und geeigneter Lösungen für jede/n MieterIn. Das Ergebnis des Sozialplanverfahrens ist der BVV schriftlich zur Kenntnis zu geben.
- dauerhafte Festschreibung der Kappung auf die 30 %-Brutto-Warmmiete für finanzielle Härtefälle unter den BestandmieterInnen
- Auferlegung von noch nicht benannten aber erforderlichen Instandsetzungsmaßnahmen, ggfs. unter Anwendung von § 177 BauGB
- Prüfung der Modernisierungsankündigungen durch einen externen Gutachter
- die Erhaltung des Hofensembles und der weitgehende Verzicht auf die nicht erforderliche Umgestaltung sowie Erhaltung möglichst aller Bäume

Die BVV Pankow sieht die bauliche Erweiterung der Anlage durch die von der Deutschen Wohnen geplanten Aufstockungen mit Skepsis. Die vorgesehenen Wohnungsgrößen und zu erwartenden Angebotsmieten führen zu einer deutlichen Veränderung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung. Das widerspricht dem sozialen Erhaltungsziel. Der Maßnahmeumfang ist so zu verändern oder zu reduzieren, dass dem Erhaltungsziel entsprochen wird. Hierfür sind auch die Anwendungsmöglichkeiten des § 34 BauGB – soweit möglich – auszuschöpfen.

SPD-Fraktion,
Linksfraktion, Fred Bordfeld, Matthias Zarbock

Roland

Schröder,

20.11.18

Begründung

Mit der Vereinbarung zwischen der Deutschen Wohnen und dem Bezirksamt vom April 2018 liegt bereits eine Grundlage für den sozialverträglichen Ablauf der Modernisierung der Anlage vor. Dennoch bleiben viele Fragen offen. Fragen, die auch von den BewohnerInnen in

Ausschusssitzungen vorgetragen wurden. Mit dieser Beschlussfassung will die BVV daher die MieterInnen unterstützen und dem Bezirksamt Vorgaben für das weitere Vorgehen mitgeben.

Antrag
SPD-Fraktion

Längere Ampelphasen für Fußgänger auf der Wollankstraße

Das Bezirksamt Pankow von Berlin wird ersucht sich bei der Verkehrslenkung Berlin dafür einzusetzen, dass an der Kreuzung Wollankstraße/Florastraße die Ampelphase für Fußgänger zur Querung der Wollankstraße verlängert wird.

SPD-Fraktion, Gregor Kijora, Roland Schröder

Begründung

Die Kreuzung Wollankstraße/Florastraße wird nicht nur durch den motorisierten Individualverkehr sondern auch von Fußgänger*innen stark frequentiert. Dies liegt zum einen an der Nahen Bushaltestelle, zum anderen an der örtlichen Einzelhandelsituation.

Die Grünphase für Fußgänger zur Querung der Wollankstraße ist dabei sehr knapp bemessen. Immer wieder haben gerade ältere Menschen oder Fußgänger*innen mit kleinen Kindern Probleme die Straße innerhalb der Grünphase zu überqueren. Dies führt zu Konflikten mit dem abbiegenden Verkehr aus der Florastraße und dem startenden Verkehr auf der Wollankstraße.

Antrag
SPD-Fraktion

Betreff: VBB Bus&Bahn-Begleitservice - Servicezeiten auf das Wochenende ausweiten

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird empfohlen, sich bei der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales sowie der Senatsverwaltung für Finanzen für eine ergänzende Ausweitung der Servicezeiten des Bus&Bahn-Begleitservice des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg (VBB) am Wochenende einzusetzen.

SPD-Fraktion, Stephanie Wölk, Roland Schröder

Begründung:

Von der am 1.Oktober 2018 erfolgten Ausweitung der Servicezeiten des Bus&Bahn-Begleitservice des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg (VBB) ist nach wie vor das Wochenende ausgenommen. Damit sind mobilitätseingeschränkte Personen weiterhin am Wochenende in ihrer Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben stark eingeschränkt und benachteiligt. Der Bedarf nach diesem kostenlosen Serviceangebot ist groß.

Antrag von SPD-Fraktion und Linksfraktion

Keine überörtliche Straßenverbindung durch die Erholungsanlage Blankenburg und Reduzierung der Flächeninanspruchnahme für eine Straßenbahnstrecke zum Bahnhof Blankenburg

Die BVV möge beschließen

Die Nutzung von Flächen der Erholungsanlage für den Neubau von Wohnungen oder (überörtlichen) Straßenverbindungen lehnt die BVV Pankow unverändert ab.

Gegebenenfalls notwendige Flächeninanspruchnahmen für die Führung einer Straßenbahnstrecke vom Neubaugebiet Blankenburger Süden zum Bahnhof Blankenburg sind auf das aller notwendigste und damit ein Minimum zu reduzieren. Auf eine nicht erforderliche und platzfressende Wendeschleife östlich des Bahnhofs Blankenburg ist zu verzichten. Zielführend ist der Bau einer Verbindungsstrecke zum Bestandsnetz der Line 50 in Französisch Buchholz.

Ein gegebenenfalls erforderlicher Straßenbahnbetriebshof ist im Bereich des dafür gut geeigneten Gewerbegebiets Heinersdorf anzusiedeln. Eine Ansiedlung des neuen Betriebshofs im Bereich der Erholungsanlage oder zwischen Autobahn und Eisenbahnstrecke wird von der BVV abgelehnt.

SPD-Fraktion,
Linksfraktion, Wolfram Kempe, Matthias Zarbock

Roland

Schröder

20.11.18

Um die bereits vorhandene Verunsicherung in der Erholungsanlage Blankenburg zu reduzieren stellt die BVV nochmals ihre Position klar, dass die Anlage nicht für die Entwicklung neuer Wohnungsbaustandorte oder für Straßenverbindungen herangezogen werden soll.

Zugleich sollen auch die Eingriffe, die möglicher Weise durch eine Straßenbahnstrecke verursacht werden können, auf ein Minimum begrenzt werden. Dafür ist eine optimale Streckenführung zu finden. Da die BVG ihren Fahrzeugpark immer weiter auf Zweirichtungsfahrzeuge umstellt, ist die Errichtung einer Wendeschleife nicht erforderlich. Insbesondere auch, da schon heute ausschließlich Zweirichtungsfahrzeuge auf der später zu verlängernden Straßenbahnlinie M 2 zum Einsatz kommen. Sinnvoller ist es, die offenkundige Netzlücke in Richtung Französisch-Buchholz zu schließen. Dadurch entstehen neue Fahrtmöglichkeiten für die NutzerInnen des ÖPNV und auch kürzere Betriebsfahrten.

Der in Rede stehende Straßenbahnbetriebshof ist aufgrund der höheren Lagegunst ohnehin im dafür gut geeigneten Gewerbegebiet Heinersdorf vorzusehen. Dadurch befindet dieser sich auch näher an der künftigen Tangentialstrecke Pankow – Heinersdorf – Weißensee. Antrag von SPD-Fraktion und Linksfraktion

Antrag von SPD-Fraktion und Linksfraktion

Klarstellung zum sogenannten „Wohnbaukonzept“ und zur Erholungsanlage Blankenburg

Die BVV möge beschließen

Die BVV Pankow hat das sogenannte „Wohnbaukonzept für Pankow“ von 2016 als Vorlage zur Kenntnisnahme zur Tagung am 29. Juni 2016 erhalten und im Rahmen der Fortsetzungstagung lediglich zur Kenntnis genommen.

Die BVV Pankow hat das Wohnbaukonzept nicht beschlossen, weil es in allen Fraktionen erhebliche Bedenken und Kritikpunkte gegenüber Darstellungen, Inhalten, Zielen und Maßnahmenvorschlägen gab. Die BVV Pankow stellt daher fest, dass aus dem sogenannten „Wohnbaukonzept für Pankow“ keine Arbeits- oder Planungsaufträge folgen oder von der BVV Pankow erteilt wurden.

Die Arbeits- und Planungsgrundlage von neuen Wohnbaustandorten im Bezirk ist die Drucksache VII-1203 vom 14. September 2016 mit ihren zwölf explizit aufgeführten Standorten für Wohnungsneubau. Für alle anderen Standorte liegt kein Planungsauftrag der BVV Pankow vor. Folglich besteht auch kein Auftrag für Planungen mit Bezug auf die Flächen der Erholungsanlage Blankenburg.

Das Bezirksamt wird ersucht, gegenüber der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz sowie der Öffentlichkeit klar- und richtigzustellen, dass die BVV Pankow keinen Auftrag zu einer weiteren Qualifizierung der Erholungsanlage Blankenburg einschließlich der Aufstellung von Bebauungsplänen beschlossen oder erteilt hat. Dem widersprechende Veröffentlichungen oder auch schriftliche sowie mündliche Äußerungen aus Senatsverwaltungen sind durch das Bezirksamt in aller Deutlichkeit zu korrigieren.

SPD-Fraktion, Roland Schröder, Mike Szidat,

Linksfraktion, Wolfram Kempe, Matthias Zarbock,

18.11.18

Begründung

In verschiedenen Veröffentlichungen und auch Äußerungen verschiedener Institutionen entsteht immer wieder der Eindruck, dass das sogenannte „Wohnbaukonzept für Pankow“ die planerische Grundlage für die Entwicklung von Wohnbaustandorten ist. Dieser Eindruck ist falsch. Die BVV Pankow hat mit der Drucksache VII-1203 klare Prioritäten gesetzt. Diese Entscheidung ist das Ergebnis eines umfassenden politischen Abstimmungsprozesses, der dem Bezirksamt einen klaren Arbeitsauftrag erteilt, ebenso ist er auch als eine Absage an die

Überplanung anderer Flächen zu verstehen. Die BVV erwartet vom Bezirksamt, dass dieses gemäß dieser Beschlussfassung – insbesondere gegenüber Dritten – handelt.

Um die bereits vorhandene Verunsicherung in der Erholungsanlage Blankenburg zu reduzieren stellt die BVV nochmals ihre Position klar, dass die Anlage nicht für die Entwicklung neuer Wohnungsbaustandorte oder für Straßenverbindungen herangezogen werden soll. Deshalb sollen auch die Eingriffe, die möglicher weise durch eine Straßenbahnstrecke verursacht werden können, auf ein Minimum begrenzt werden. Der in Rede stehende Straßenbahnbetriebshof ist aufgrund der höheren Lagegunst ohnehin im Gewerbegebiet Heinersdorf vorzusehen.

Gemeinsamer Antrag der Linksfraktion und der SPD zur 20. BVV

Betreff: Treuhänder bestellen - Wohnraum in der Prenzlauer Allee 174 und der Raumer Straße 33 zurückgewinnen

Die BVV möge beschließen:

Die BVV ist der Überzeugung, dass die Immobilien in der Raumer Straße 33 und der Prenzlauer Allee 174 durch ihre Eigentümer*innen dauerhaft einer Wohnnutzung entzogen werden. Die BVV unterstützt das Bezirksamt darin, unverzüglich die notwendigen Schritte einzuleiten, um jeweils einen Treuhänder für diese Häuser zu bestellen, um die Zweckentfremdung durch Leerstand zu beenden und die Wohnungen wieder dem Wohnungsmarkt zuzuführen.

Begründung

Das Gesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum (ZwVbG) sieht ausdrücklich vor, dass Häuser, die so verändert worden sind, dass sie nicht mehr für Wohnzwecke geeignet sind oder leer stehen, durch das zuständige Bezirksamt einem Treuhänder übergeben werden können, um die Wohnnutzung wieder herzustellen.

Aus der Beantwortung der Kleinen Anfragen KA-0180/VIII, KA-0296/VIII und KA-0433/VIII zu den Mehrfamilienhäusern Raumer Straße 33 und Prenzlauer Allee 174 geht hervor, dass die Eigentümer*innen nicht Willens oder in der Lage sind, die Häuser und ihre Wohnungen zweckentsprechend zu betreiben. Diese Wohnungen werden dauerhaft nicht vermietet. Sie stehen leer. Angesichts des knappen Wohnraums und der kontinuierlich steigenden Angebotsmieten ist das nicht hinnehmbar.

Der BVV ist bewusst, dass nur wenige Erfahrungen mit diesem Instrument vorliegen. Zum Schutz von Wohnraum ist jedoch ein engagiertes Voranschreiten erforderlich. Die dabei gemachten Erfahrungen sollen für künftige Verfahren dokumentiert werden, um die Vorgehensweise weiter zu entwickeln und die möglichen Instrumente möglichst gezielt einzusetzen.

Einreicherinnen: Linksfraktion, gez. BV Fred Bordfeld, BV Matthias Zarbock

SPD-Fraktion, gez. BV Roland Schröder

Gemeinsamer Antrag der Linksfraktion mit der SPD zur 20. Tagung der BVV Pankow

Betreff: Artenschutz bei Sanierung des Bezirksamtsgeländes Fröbelstraße 17 beachten!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, sich bei der Berliner Immobilien Management GmbH (BIM) dafür einzusetzen, dass bei der laufenden Sanierung und Herrichtung der Gebäude auf dem Bezirksamtsgelände in der Fröbelstr. 17 die Belange des Natur- und Artenschutzes beachtet werden.

Begründung:

Auf dem Bezirksamtsgelände Fröbelstr. 17 haben sich schützenswerte Tier- und Pflanzenarten angesiedelt – u.a. Gebäudebrüter, die in den Hausfassaden und Dächern nisten. Bei den umfangreichen Baumaßnahmen gelten die gesetzlichen Rahmenbedingungen auch für die Berliner Immobilien Management GmbH (BIM) – bislang entstand aber nicht der Eindruck, dass die Belange des Natur- und Artenschutzes hinreichend beachtet wurden. Besonders sollten »die klaren Handlungsrahmen zum Funktionserhalt der Fortpflanzungs- und Lebensstätten von Vögeln und Fledermäusen« (BUND, 2015: Artenschutz bei Gebäudesanierungen. Klimaschutz und biologische Vielfalt unter einem Dach) der Vorgaben des Bundesnaturschutzgesetzes Umsetzung finden. Sollten für die Baumaßnahmen Ausnahmegenehmigungen gelten, sollte ein proaktiver Umgang mit den Nebenbestimmungen für Vögel und Fledermäuse (Ersatznistplätze, Fassadenbegrünung u.a.) gelten.

Einreicherinnen:

Linksfraktion, gez. BV Dr. Jaana Stiller, BV Matthias Zarbock,

SPD-Fraktion, gez. BV Roland Schröder, BV Matthias Böttcher

Gemeinsamer Antrag der Linksfraktion, SPD und Bündnis 90/Die Grünen zur 20. BVV

Betreff: Gemeinschaftsschule am Pankower Tor

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt Pankow wird ersucht, einen Gemeinschaftsschulstandort auf dem Gelände des Pankower Tors zu gründen.

Hierzu sind noch im ersten Quartal 2019, in Weiterentwicklung der getroffenen Grundsatzvereinbarung, Verhandlungen mit den Eigentümer*innen aufzunehmen, mit dem Ziel die für einen Gemeinschaftsschulstandort benötigte Fläche zu sichern.

Begründung:

In den nächsten Jahren wird Pankow von einem starken Schulplatzmangel betroffen sein. Diesem Mangel kann nicht allein durch den Bau von Grundschulen entgegengesteuert werden. Auf einen Mangel an Grundschulplätzen folgt ein Mangel an Oberschulplätzen. Auch aus pädagogischen und inklusiven Gründen wäre ein nachhaltiges Entgegenkommen die Gründung von Gemeinschaftsschulen, wie es bereits in der Drucksache VIII-0296 gefordert und beschlossen und im Koalitionsvertrag des Landes Berlin zwischen SPD, Linken und Grünen festgelegt wurde.

Einreicherinnen:

Linksfraktion, gez. BV Dr. Jaana Stiller, BV Matthias Zarbock

SPD, gez. BV Mechthild Schomann , BV Schröder, BV Gregor Kijora,

Bündnis 90/Die Grünen, gez. BV Julia Scherf, Cordelia Koch, Oliver Jütting

Gemeinsamer Antrag der Linksfraktion, SPD und Bündnis 90/Die Grünen zur 20. BVV

Betreff: Eine Gemeinschaftsschule für Weißensee auf dem ehemaligen Gelände des Kinderkrankenhauses Weißensee

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt Pankow wird ersucht zu prüfen, ob sich das Gelände des ehemaligen Kinderkrankenhauses Weißensee als Standort für eine Gemeinschaftsschule eignet. Bei Eignung für einen Gemeinschaftsschulstandort ist dem Land Berlin ein entsprechendes Nutzungskonzept schnellst möglich vorzulegen und der Standort anzumelden.

Bei negativer Prüfung soll das Ergebnis zeitnah dem Ausschuss für Schule, Sport und Gesundheit vorgestellt und begründet werden.

Begründung:

Nach Rückübertragung des Geländes des ehemaligen Kinderkrankenhauses Weißensee an das Land stellt sich nun die Frage, wie das Gelände genutzt werden und den Pankower*innen zu Gute kommen kann. Aufgrund steigender Schülerzahlen ist es von großer Bedeutung Schulen im Bezirk zu bauen. Das Gelände des ehemaligen Krankenhauses bietet sich aufgrund der Größe, der Erreichbarkeit (Tram und Busse) und der umliegenden Wohngebiete als neuer Schulstandort an. Darüber hinaus ist die vorrangige Gründung von Gemeinschaftsschulen im Koalitionsvertrag zwischen SPD, Linken und Grünen festgelegt, und auch im Bezirk wurde bereits gemäß Drucksache VIII-0296 die grundsätzliche Gründung von Gemeinschaftsschulen in Pankow beschlossen. In Pankow ist derzeit noch keine neue Gemeinschaftsschule geplant.

Eine Prüfung des Geländes zur Eignung als Gemeinschaftsschulstandort und eine entsprechende Umsetzung sind daher dringend erforderlich.

Einreicherinnen:

Linksfraktion, gez. BV Dr. Jaana Stiller, BV Matthias Zarbock

SPD, gez. BV Mechthild Schomann, BV Roland Schröder, BV Gregor Kijora,

Bündnis 90/die Grünen, gez. BV Julia Scherf, BV Cordelia Koch, BV Oliver Jütting

Gemeinsamer Antrag der Linksfraktion, SPD und Bündnis 90/Die Grünen zur 20. BVV

Betreff: 7,5-Minuten-Takt der M1 beibehalten und perspektivisch verkürzen

Das Bezirksamt wird beauftragt, sich bei der Senatsverkehrsverwaltung und der BVG proaktiv dafür einzusetzen, den 7,5-Minuten-Takt der Straßenbahnlinie M1 zwischen Bahnhof Pankow und Am Kupfergraben auch nach Errichtung der Kehranlage in Höhe der Haltestelle Masurenstraße beizubehalten und mittelfristig auf einen 5-Minuten-Takt zu verkürzen.

Begründung:

Mit dem Schlußbericht zur Drucksache VIII-0397 vom 18.9.2018 teilte das Bezirksamt auch eine Stellungnahme der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz vom 8.8.2018 mit, in der es unter anderem heißt: "Nach Kenntnis der VLB soll die Linie M1 zukünftig nicht im 5-Minuten-Takt zum Kupfergrabengeführt werden, sondern der Bau eine Kehranlage in Höhe der Haltestelle Masurenstraße sieht eine Reduktion des Taktes [...] auf 10 Minuten vor." All Verstärkerfahrten in den Relationen Rosenthal und Niederschönhausen (Schillerstraße) sollen S-+U-Bahnhof Pankow enden; so, wie es auch für die Relation nach Französisch Buchholz geplant ist. Begründet wird dies in allen Fällen mit der Vermeidung von Parallelverkehr Straßenbahn – U-Bahn. Abgesehen davon, daß sich im Entwurf des Nahverkehrsplanes 2019 - 2023 keine solche Planung findet, und ebenso ungeachtet der Tatsache, daß nach Fertigstellung der Spange Bahnhof Pankow - Weißensee die Straßenbahnverkehre im Bereich Pankow ohnehin neu geordnet werden müssen und die Planungen dieser Kehranlage an und für sich fragwürdig werden, muß der Bezirk Pankow gegen derartige Überlegungen frühzeitig und energisch vorgehen, weil sie üblicherweise ein Eigenleben über Legislaturperioden hinaus entwickeln. Die von der VLB angestrebte und antizipierte Entwicklung verschlechterte nicht nur die Naherschließung zwischen den Ortsteilen Prenzlauer Berg und Pankow, sondern auch und die Verbindungen zur Innenstadt, insbesondere zu diversen Universitätsstandorten. Investitionen ins Straßenbahnnetz wie beispielsweise zusätzliche Kehrstellen sollten ausschließlich und in erster Linie der Angebotsverbesserung des ÖPNV und dann der Erhöhung der Flexibilität des Systems Straßenbahn dienen, und allenfalls nur nachrangig zu seiner betriebswirtschaftlichen Optimierung. Die Perspektive der Linie M1 muß vielmehr in einem 5-Minuten-Takt zwischen Pastor-Niemöller-Platz und Am Kupfergraben bestehen, und zwar sobald die BVG dafür genügend Fahrzeuge hat.